

Frage: Wie wollen Sie Art. 3, Abs. 3 GG ergänzen, um ausdrücklichen Schutz für LSBTI zu verankern sowie das AGG ausbauen und wirksamer gestalten (Einbeziehung staatlichen Handelns, Stärkung der Antidiskriminierungsstelle, Verbandsklagerecht, Aufhebung der Ausnahmeregelungen für Religionsgemeinschaften)?

Ökologisch-Demokratische Partei (ÖDP)

Als Menschenrechtspartei setzt sich für die Erweiterung des Artikel 3 GG ein. Es geht dabei um die Vielfalt in unserer Gesellschaft und damit um den Schutz von queeren Menschen gegen Diskriminierung. Gleichzeitig müssen die Gleichstellungsgesetze der Länder und des Bundes Regelungen finden für Menschen, die den Geschlechtseintrag „divers“ haben. Daraus entstehen Folgen für die Antidiskriminierungsstelle, die finanziell und personell besser ausgestattet werden müssen. Ein Verbandsklagerecht wäre wünschenswert. Ausnahmeregelungen für Religionsgemeinschaften sind im Grundgesetz zunächst verankert. Sie gehören auf den Prüfstand. Grundsätzlich dürfen solche Ausnahmeregelungen für Organisationen wie Caritas und Diakonie darf es nicht geben, weil der Aufgaben fast immer staatlich finanziert werden.

Frage: Wie wollen Sie die Vielfalt der Regenbogenfamilien (Zwei-Mütter-Familien, Zwei-Väter-Familien, Mehrelternfamilien oder Familien mit trans* oder inter* Eltern) abstammungs- und familienrechtlich absichern, die Kinder von Regenbogenfamilien und die gesellschaftliche Akzeptanz stärken?

Ökologisch-Demokratische Partei (ÖDP)

Viele Menschen gehen davon aus, dass eine Familie aus „Mutter, Vater, Kind“ besteht. Das gibt es natürlich, doch es gibt eine Vielfalt von Familien. Alleinerziehende, Großfamilien, Patchwork- und eben Regenbogenfamilien. Die hatte es immer schon gegeben und wir es

auch immer geben. Das BGB (und auch andere Gesetze), das um 1900 entstanden ist und einem konservativem Bild Vorschub leistet, muss verändert werden hin zu einem modernen Gesetz. Familie ist da wo Menschen Verantwortung und Erziehung übernehmen. Daher muss es Regelungen geben, dass Familien in welcher Konstellation auch immer, Rechtssicherheit haben. Dazu gehört das Auskunftsrecht, die Abschaffung der Stiefkindadoption, die völlige Gleichstellung mit Kindern aus heteronormativen Familien und letztendlich auch die Anerkennung von Trans* und Divers-Elternschaften. Über Mehrelternfamilien konnte noch nicht abschließend diskutiert werden

Frage: Wie wollen Sie die Selbstbestimmung von trans* & inter* Menschen rechtlich sicherstellen (hinsichtlich Abschaffung des Transsexuellengesetzes, Voraussetzungen und Altersgrenze für Vornamens- und Personenstandsänderung, ein Verfahren für trans* & inter* Menschen, Standesamt oder Gericht)?

Ökologisch-Demokratische Partei (ÖDP)

Das TSG ist abzuschaffen und durch einen einfachen Verwaltungsakt zu ersetzen. Denkbar ist auch generell die Abschaffung des Geschlechtseintrages, so wie die DIMR vorgetragen hat.

Unabhängig davon ist aber die soziale und psychiatrische Beratung die für alle Menschen auszubauen. Für die bisherige Grauzone bei Jugendlichen ist eine Rechtsklärung herbeizuführen unter welchen Bedingungen Hormonbehandlungen und operative Eingriffe möglich sind.

Frage: Wie wollen Sie in Entwicklungszusammenarbeit und Auswärtiger Politik das LSBTI-Inklusionskonzept sowie die Yogyakarta-Prinzipien +10 umsetzen, LSBTI-Menschenrechtsverteidiger*innen stärken, die EU-LSBTI-Gleichstellungsstrategie unterstützen und die Rechte von LSBTI z.B. in Polen & Ungarn stärken?

Ökologisch-Demokratische Partei (ÖDP)

Bisher ist Außenpolitik noch kein Schwerpunktthema der ÖDP. Als Menschenrechtspartei setzen wir uns aber für die Rechte queerer Menschen weltweit ein.

Dazu gehört die Unterstützung der EU-LSBTI-Gleichstellungsstrategie. Auf Polen, Ungarn und in Ansätzen auch anderen EU-Länder ist seitens der europäischen Rechtsprechung und der EU-Kommission Druck auszuüben, dass queere Menschen ohne Diskriminierungen leben können. Hinweise auf UN-Konventionen, die von allen EU-Länder ratifiziert worden sind und nationales Recht damit sind, können ihre Wirkung dabei zeigen.

Frage: Wie wollen Sie eine menschenrechtskonforme, LSBTI-inklusive Flüchtlingspolitik umsetzen (faire, kultursensible Asylverfahren, Zugang zu Information und unabhängiger Rechtsberatung, Gewaltschutz bei Unterbringung, keine Abschiebung in Verfolgerstaaten, LSBTI-Themen in Sprach-/Integrationskursen)?

Ökologisch-Demokratische Partei (ÖDP)

Die Asylverfahren müssen selbstverständlich rechtssicher und vor allem fair sein. Dazu gehört ein besonderer Schutz von queeren Menschen. Mitarbeitende des BAMF und auch anderer Behörde und Institutionen (auch Kultur- und Sprachvermittelnde zählen dazu) müssen für den besonderen Bedarfe sensibilisiert werden. Abschiebungen in sichere Herkunftsstaaten lehnen wir ab. Bei der Unterbringung sind besondere Schutzräume und -maßnahmen zu treffen.

Frage: Wie wollen Sie einen Nationalen Aktionsplan zur Akzeptanz von LSBTI mit klaren, zeitlich definierten Zielvereinbarungen, Selbstverpflichtungen staatlicher Stellen und Haushaltsmitteln auflegen, LSBTI-Demokratie-Projekte auf Bundesebene absichern, Bildung und Arbeit gegen Rechtsextremismus stärken?

Ökologisch-Demokratische Partei (ÖDP)

In einer vielfältigen Gesellschaft muss es einen nationalen Aktionsplan für queere Menschen und für Vielfalt geben, damit alle Menschen am gesellschaftlichen Leben teilnehmen können und nicht diskriminiert werden. Dazu gehört die verpflichtende Einrichtung von Diversity Management in allen privaten, staatlichen und kirchlichen Institutionen, sowie klare Ziele und Termine geben. Projekte wie SCHLAU und Beratungsangebote sind bundesweit auszubauen und die Finanzierung ist langfristig zu sichern.

Frage: Wie wollen Sie die diskriminierenden Blutspendeverbote für „MSM“ und Trans* aufheben, einen LSBTI-Gesundheitsbericht auflegen, das Krankheitsrisiko Diskriminierung angehen, für LSBTI-inklusive Gesundheitsversorgung sorgen sowie einen Rettungsschirm für Corona-bedrohte LSBTI-Infrastruktur spannen?

Ökologisch-Demokratische Partei (ÖDP)

Die ÖDP tritt an mit „Mensch vor Profit“. Dazu bedeutet eine diskriminierungsfrei Gesundheitsvorsorge für alle Menschen und den Anspruch auf medizinische Maßnahmen für queere Menschen und das Aufheben des Blutspendeverbots für homo- und bisexuelle Männer. Dazu gehört ein generelles Verbot aller Konversationstherapien, weil sie Humbug sind. Die LSBTI-Infrastruktur ist auch Corona durch besondere Unterstützung weiter aufrechtzuhalten.